



Pressemitteilung der IPPNW

Kinderkrebs um Atomkraftwerke - Dosisargument der Bundesregierung wissenschaftlich nicht haltbar

Ärzteorganisation IPPNW widerspricht Argumentation der Bundesregierung, dass die Strahlenbelastung der Bevölkerung um mindestens das 1.000-fache höher sein müsse, um den beobachteten Anstieg des Krebsrisikos erklären zu können

Berlin, 11.02.08 – Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW widerspricht der aktuellen Einschätzung der Bundesregierung zur so genannten Kinderkrebsstudie (KiKK-Studie). Laut Bundesregierung existiere kein Kausalzusammenhang zwischen einem Anstieg von Krankheiten in der Nähe von Atomkraftwerken und der Strahlenbelastung durch ein AKW. Das Hauptargument ist, dass die Strahlenbelastung der Bevölkerung durch den Betrieb der Kraftwerke in Deutschland um mindestens das 1.000-fache höher sein müsse, um den beobachteten Anstieg des Krebsrisikos erklären zu können.

Dem entgegnet die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen: „Diese stereotyp vorgetragene Argumentation der Bundesregierung ist wissenschaftlich gesehen nicht haltbar. Die Strahlenbelastung der Bevölkerung in der Umgebung der Atomkraftwerke wird anhand von Modellrechnungen aus den Emissionsmessungen der AKW-Betreiber simuliert. In die Berechnung fließen u. a. Annahmen über die Windrichtung genauso mit ein wie Modellvorstellungen zur Verstoffwechslung radioaktiver Partikel im Körper. Die Unsicherheiten der Dosisbestimmung können damit mehrere Zehnerpotenzen betragen. Jüngste Forschungen deuten außerdem daraufhin, dass die Wirkung inkorporierter Radionuklide bei ungeborenen Kindern gegenüber Erwachsenen viel ausgeprägter ist, als bisher angenommen. In jedem Fall lassen sich Annahmen über die Strahlenempfindlichkeit von Erwachsenen nicht einfach auf Schwangere und Kleinkinder übertragen.“

Die IPPNW weist außerdem daraufhin, dass es keine lückenlose Kontrolle der Betreiberangaben zu den Emissionen der Atomkraftwerke durch die Behörden gebe. Zum Beispiel wird in einem von der Landesregierung Schleswig-Holstein in Auftrag gegebenen strahlenbiologischen Gutachten von 2001 festgestellt, dass sich Kontaminationen im Umkreis des AKW Krümmel durch die angegebenen Emissionsmessungen der Betreiber nicht erklären lassen. Auch bei anderen deutschen Atomkraftwerken hat es in früheren Jahren offensichtlich immer wieder unkontrollierte Freisetzungen gegeben. Die bisher praktizierte Mess- und Kontrollpraxis der Betreiber und der Behörden gehört nach Meinung der IPPNW auf den Prüfstand.

Angelika Claußen: „Auch die Selbstverständlichkeit, mit der die Bundesregierung mit Annahmen zum Strahlenrisiko argumentiert, ist unseriös. Besonders vor dem Hintergrund, dass die Geschichte der Strahlenschutzgrenzwerte eine Geschichte von Nachbesserungen ist. In der Vergangenheit haben Behörden das tatsächliche Strahlenrisiko oft unterschätzt – auf Kosten vieler Menschenleben. Aktuell versucht die Bundesregierung den jetzt signifikant nachgewiesenen Zusammenhang von Krebserkrankungsrisiko zur AKW-Nähe herunter zu spielen und zu verschleiern.“

Zudem werden die Ergebnisse der KiKK-Studie von der Baker-Studie ergänzt und bekräftigt. Bei der ebenfalls 2007 veröffentlichten Baker-Studie werteten amerikanische Biostatistiker in Form einer Meta-Analyse insgesamt 17 internationale Studien zum Thema Krebsrisiko rund um Kernkraftwerke aus. Auch hier wurde ein Zusammenhang zwischen dem Erkrankungsrisiko und der Nähe zu den Atomanlagen festgestellt.

Die IPPNW fordert deshalb angesichts der zunehmenden Indizien für einen Zusammenhang zwischen Atomkraft, Strahlung und Krebsentstehung endlich eine ergebnisoffene und öffentliche Fachdiskussion unter Einbeziehung aller vorliegender Befunde und mit Beteiligung auch der kritischen Wissenschaftler.

Internet

www.ippnw.de

www.ippnw-ulm.de

Kontakt

Sven Hessmann, Pressesprecher der IPPNW Tel.: 030 – 69 80 74 14, E-Mail: hessmann@ippnw.de

Über die **IPPNW**:

Diese Abkürzung steht für **I**nternational **P**hysicians for the **P**revention of **N**uclear **W**ar. Die *Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges* engagieren sich seit 1982 für eine Welt ohne atomare Bedrohung und Krieg. 1985 wurden sie dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Innerhalb der deutschen Sektion der IPPNW stehen seit 1990 zusätzlich gesundheitspolitische Themen (z. B. Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere, Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten) auf dem Programm.